



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 19.03.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 04.03.2010, 15:30 Uhr bis 17:58 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Jochen Ott SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD
Herr Bernhard Ensmann	CDU
Frau Hildburg Holländer	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marion Lüttig	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Regina Wilden	auf Vorschlag von pro Köln

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	in Vertretung für Frau Stahlhofen
------------------	-----------	-----------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD	bis 17.27 Uhr anwesend
-----------------------	-----------------------	------------------------

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU	bis 17.42 Uhr anwesend
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU	
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU	
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Antje Fratini	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Jan Bennewitz	auf Vorschlag der FDP	
Frau Ellen Sängler	auf Vorschlag der pro Köln	
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
-------------------------------	--------------------------------------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region	
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.	
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.	bis 17.46 Uhr anwesend
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Herr Hans-Jürgen Oster	501
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Frau Marita Reinecke	V/3
Herr Stephan Santelmann	50
Herr Michael Schleicher	56 + 5620
Herr Olaf Wagner	50/0 ARGE

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Entschuldigt fehlen:

Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Karl-Gerhard Bachmann	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott verweist auf die aktuelle Tagesordnung, bei der die Zusetzungen fett geschrieben sind. Neu hinzugekommen sind die folgenden Tagesordnungspunkte: zu 3.2, 3.5 bis 3.9, 4.5 bis 4.12, 6.1 bis 6.3, 7.1, Antwort zu 9.1.2, 9.2.2, 9.2.3 und Antwort, 9.2.4 und im nicht öffentlichen Teil 16.1.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit der so ergänzten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Transparente Darstellung zum Sozialetat hier: mündliche Anfrage von Herrn Ensmann
5397/2009
 - 3.2 Entwicklung der Finanzierungsstruktur der Verbraucherberatungsstelle Köln. Mündliche Nachfrage von RM Helling zur Antwort der Verwaltung (4603/2009) auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.08.2009 (AN/1231/2009)
5047/2009

Ergänzende Darstellung zur Vorlage 5047/2009
0438/2010

- 3.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
0195/2010
- 3.4 Beantwortung der Anfrage von Herrn Klein im Ausschuss für Soziales und Senioren vom 14.01.2010 (TOP 4.2)
hier: Bericht der U - 25 Konferenz
0537/2010
- 3.5 Einschulungshilfen für Erstklässler
0426/2010
- 3.6 Illegale Beschäftigung bei Fa. Mr. Wash
hier: Anfrage von Herrn Ott aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 14.01.2010
0726/2010
- 3.7 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln
0782/2010
- 3.8 Erfahrungsbericht: "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel
Hier: Anfrage von Frau dos Santos Herrmann aus der Sitzung vom 20.08.2009
3923/2009
- 3.9 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Schlitt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2010
0877/2010
- 4 Mitteilungen**
- 4.1 Aktueller Sachstand zur heroingestützten Behandlung
0067/2010
- 4.2 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln
0439/2010
- 4.3 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008
4872/2009
- 4.4 Sozialplanung / Sozialberichterstattung im Amt für Soziales und Senioren
4932/2009

- 4.5 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2010"
0719/2010
- 4.6 Zentrales Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderung:
2009
0298/2010
- 4.7 Neuorganisation SGB II
0683/2010
- 4.8 Abschlussbericht "Alter schafft Neues - Aktiv im Alter" in Köln
0671/2010
- 4.9 Mitteilung über Maßnahmen für Wohnungslose im Rahmen der Winterhilfe
0628/2010
- 4.10 Broschüre "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln
- Gute Beispiele aus der Praxis"
0816/2010
- 4.11 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Men-
schen - erkennen, verstehen, ...", 18. März 2010, 9.30 Uhr
0873/2010
- 4.12 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen in der Grundsi-
cherung für Arbeitsuchende (SGB II)
0773/2010
- 5 Wohnen**
- 5.1 Arbeitsbericht 2008 des Wohnungsversorgungsbetriebes der Stadt Köln
0026/2010
- 5.2 Erhöhung der Wohnkosten durch Wegfall des städtischen Aufwendungszu-
schusses
0022/2010
- 5.3 GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN -
Neue Wohnmodelle für die Stadt
0591/2010
- 6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln**
- 6.1 Strategisches Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln
4449/2009

- 6.2 Arbeit der ARGE Köln (ohne schriftliche Vorlage)
- 6.3 Sachstandsbericht zur Arbeit der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
0945/2010
- 7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 03/2010
0809/2010
- 8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
- 9.1.1 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.11.2009
AN/1650/2009

Antwort der Verwaltung
5384/2009
- 9.1.2 WinWin für Köln?
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 11.01.2010
AN/0057/2010

Antwort der Verwaltung
0724/2010
- 9.2 Aktuelle Anfragen
- 9.2.1 Wohnungsgenossenschaften in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.01.2010
AN/0177/2010
- 9.2.2 Sozialwohnungen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010
AN/0365/2010
- 9.2.3 Ausgleichsabgabe 2007
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010
AN/0404/2010

Antwort der Verwaltung
0922/2010

- 9.2.4 Qualifizierungsmaßnahmen in Köln hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 01.03.2010
AN/0409/2010
- 10 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen****
- 11 **Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse****
- 12 **Ausschussempfehlungen an den Rat****
- 12.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
3629/2008
- 13 **Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften****
- 14 **Anfragen****
- 14.1 Planungen 2009 zur Seniorenpolitik
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann
- 14.2 Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land NRW
hier: mündliche Anfrage von SE Frau Eggeling

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

Eine Verpflichtung ist zur heutigen Sitzung nicht vorzunehmen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Transparente Darstellung zum Sozialetat hier: mündliche Anfrage von Herrn Ensmann 5397/2009

RM Herr Ensmann dankt der Verwaltung für die deutlichere Darstellung zum Sozialetat. Er kritisiert, dass Kürzungen z.B. bei Verträgen vorgesehen werden, die tatsächlich nicht umsetzbar seien. Dem Rat sollte eine Vorlage vorgelegt werden, zu den Haushaltsstellen, die tatsächlich auch gekürzt werden können.

Bezug nehmend auf die Inhalte des Sozialetats fragt Herr Ensmann, ob die Verwaltung den Eindruck habe, dass diese Vorlage sozial und gerecht sei. Er bittet um Auskunft darüber, wie die Verwaltung bei Zuschüssen weiter verfahren wolle. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass der diesjährige Haushalt ggf. erst im September 2010 verabschiedet werde und es möglicherweise einen Doppelhaushalt 2010/2011 gebe.

SE Herr Klein fragt zum KölnPass, ob es zutreffe, dass die Zahl der Berechtigten für den KölnPass verringert werde und die Einschulungsbeihilfen nicht mehr gezahlt werden sollen.

RM Herr Helling hält es für richtig und notwendig, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren so früh über die Maßnahmen und Pläne für den Haushalt informiert worden sei. Herr Helling plädiert an alle, sich anzustrengen und kreativ zur Konsolidierung des Haushalts beizutragen. Durch Bekanntgabe dieser Liste werde klar, wie ernst die Lage zurzeit sei. Dies biete auch die Gelegenheit, sich mit der Situation politisch auseinanderzusetzen.

Frau Bredehorst teilt mit, dass Aussagen über den Haushalt erst nach einer verwaltungsinternen Abstimmung veröffentlicht werden können.

RM Herr Ensmann betont, die Verwaltung müsse dem Rat frühzeitig, spätestens im ersten Halbjahr einen Haushaltsplanentwurf zur Entscheidung vorlegen. Nur so sei es möglich, die notwendigen Einsparungen überhaupt zu erreichen.

Der Vorsitzende Herr Ott äußert seinen Eindruck, dass die Verwaltung bemüht sei, einen gemeinsamen Vorschlag für den Haushalt vorzulegen. Dabei sei sicher, dass die hier vorgesehenen Einsparungen nicht alle einzuhalten seien. Herr Ott betont, die Politik stehe vor einer enormen Herausforderung.

RM Herr Detjen erklärt, der Rat habe beschlossen, dass die freien Träger für das erste Quartal ihre Mittel auf Grundlage des Haushaltes 2009 bekommen sollen. Da das Haushaltssicherungskonzept erst gegen Ende des Jahres beschlossen werde, müsse der Ratsbeschluss seiner Meinung nach so angewendet werden, dass den freien Trägern für alle vier Quartale Abschläge in Höhe der Haushaltsmittel von 2009 überwiesen werden.

Herr Detjen weist darauf hin, dass die Träger auch personelle Verpflichtungen haben, die sie erfüllen müssen und daher eine gewisse Planungssicherheit benötigen. Daher spricht er sich für Abschlagszahlungen in Höhe des Vorjahres aus.

RM Herr Helling teilt zum Vorschlag von Herrn Detjen mit, dass damit das jetzt schon entstandene Defizit nochmals erhöht werde. Eine solche Lösung würde für die Träger jedoch im Umkehrschluss bedeuten, dass sie in 2011 möglicherweise noch mehr als jetzt geplant einsparen müssten.

Herr Helling ist der Auffassung, man komme aus diesem Dilemma nur, wenn man Abschlagszahlungen zahle, die zwischen dem Ansatz 2009 und dem jetzt vorgelegten Entwurf 2010 liegen. Der Rat stehe in der nächsten Sitzung vor der Aufgabe, eine Abschlagshöhe für das zweite Quartal zu beschließen.

Von größeren Kürzungen für die Träger rät Herr Helling in diesem Jahr jedoch ab.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Detjen betont SB Frau Wilden, im Hinblick auf die Finanzen müsse man auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Es könne nur Geld ausgegeben werden, wenn welches vorhanden sei.

SE Frau Blümel schließt sich den Ausführungen von Herrn Detjen an und bekräftigt, dass eine Planungssicherheit benötigt werde. Die Wohlfahrtsverbände beobachten mit Sorge die finanzielle Situation der Stadt als auch die Situation in ihren Arbeitsfeldern. Daher haben die Wohlfahrtsverbände eine Kampagne gestartet und sich bereits an die Fraktionen gewandt, um für die zweite Abschlagszahlung die gleiche Regelung zu treffen, wie für den ersten Abschlag.

SB Herr Krücker berichtet darüber, dass es im Jugendhilfebereich eine Diskussion darüber gebe, ob lineare Kürzungen oder Kürzungen nach dem sog. Rasenmäherprinzip überhaupt rechtmäßig seien. Er fragt, ob die Verwaltung diese juristische Diskussion bekannt sei und wie diese im Sozialbereich bewertet werde.

Frau Bredehorst erklärt, es gebe zurzeit einen gültigen Haushaltsentwurf für 2010. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung sei es möglich, Abschläge zu zahlen, sofern der Rat dies beschließe. Insgesamt dürfen rein rechtlich Abschläge nur bis zu einer Höhe gezahlt werden, die nicht über den vorliegenden Haushaltsplanentwurf hinausgehen. Frau Bredehorst teilt mit, der Rat müsse nun entscheiden, in welcher Höhe er weitere Abschlagszahlungen zulasse.

Weiterhin verweist Frau Bredehorst darauf, dass Aussagen über den Haushalt erst nach einer verwaltungsinternen Abstimmung öffentlich getroffen werden können.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott bedankt sich bei der Liga der Wohlfahrtsverbände für die zuvor vorgestellte Kampagne. Der Ausschuss trage eine große Verantwortung dafür, dass die soziale Stadt Köln erhalten bleibe. Jedoch befinde sich die Stadt in einer sehr schwierigen Lage. Er hoffe, dass der Ausschuss seiner Verantwortung auch gerecht werden könne. Er persönlich sehe für alle einen Doppelhaushalt als Chance.

3.2 Entwicklung der Finanzierungsstruktur der Verbraucherberatungsstelle Köln. Mündliche Nachfrage von RM Helling zur Antwort der Verwaltung (4603/2009) auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.08.2009 (AN/1231/2009) 5047/2009

**Ergänzende Darstellung zur Vorlage 5047/2009
0438/2010**

RM Herr Ensmann erklärt, man sei sich im Prinzip darüber einig, dass die Verbraucherberatungszentrale auf jeden Fall erhalten bleiben müsse, da sie unverzichtbar sei. Darüber hinaus sei auch in vielen anderen Bereichen gut nachvollziehbar, dass Kürzungen weder sozial noch wirtschaftlich sinnvoll seien. Dies sei jedoch zu einem späteren Zeitpunkt genauer zu diskutieren.

RM Herr Ensmann merkt abschließend an, bei der Verbraucherberatung werde auch vielen Senioren geholfen, die Opfer eines Telefonbetrugs geworden seien.

RM Frau Schmerbach bittet die Verwaltung, eine Bestandsaufnahme und Aufstellung aller Schuldner- und Insolvenz-Beratungsangebote in Köln zu fertigen.

RM Herr Helling weist darauf hin, früher sei die Verbraucherberatung von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten genutzt worden. Die Klientel habe sich jedoch insofern geändert, dass heute hauptsächlich Menschen mit dem KölnPass die Verbraucherberatung aufsuchen.

Die schwache personelle Ausstattung und die verkürzten Öffnungszeiten der Verbraucherberatungsstelle führen dazu, dass sie viele Anfragen und Menschen zurückweisen müsse. Diese Situation stelle die Politik vor die große Herausforderung, zu entscheiden, wo angesichts des knappen Haushalts gekürzt werden müsse und wo es sich lohne, Projekte zu sichern und die Weiterarbeit zu garantieren.

RM Frau Hoyer widerspricht der Auffassung von Herrn Helling, dass es sich bei dem Klientel der Verbraucherberatungsstelle hauptsächlich um KölnPass-Inhaber handele. Sie glaubt, es handele sich eher um Personen mit geringerem Einkommen, die aber nicht zwingend im Bezug von Transferleistungen stehen, für die aber die Verbraucherberatungsstelle das einzige finanzierbare Beratungsangebot darstelle. Frau Hoyer betont, es sei jedoch wichtig, diesen Kundenkreis zu unterstützen.

Frau Hoyer spricht sich dafür aus, zu prüfen, inwiefern eine Sachunterstützung möglich sei, z.B. in dem die Verwaltung Räume zu Verfügung stelle.

RM Herr Detjen berichtet über die Diskussion im Beirat der Verbraucherberatung zum Thema Mietkosten und Schnittstellen der Energieberatung mit der Rheinenergie.

Der Vorsitzende Herr Ott verweist auf die Anfrage von Frau Schmerbach und betont, nach dem Gesamtüberblick über die Angebotsstruktur müsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen überlegt werden, ob es evtl. sinnvoll sei, im Rahmen des Sozialraumkonzepts mit allen Anbietern eine dezentrale Lösung auszuarbeiten, um Parallelstrukturen zu vermeiden.

Herr Santelmann berichtet, im Beirat der Verbraucherberatung seien ansatzweise die Fragen Sozialraumorientierung und Mietkosten diskutiert worden. Man habe sich darauf verständigt, dass sich die Verbraucherberatungsstelle mit den konkreten Wünschen und Bedürfnissen an die Verwaltung wende. Die Verwaltung werde auf diese Fragen sorgfältig eingehen.

Frau Bredehorst bestätigt, dass die Verwaltung sich in der Vergangenheit mehrfach mit der Frage der Zukunft der Verbraucherberatung beschäftigt habe. Dies sei natürlich auch mit dem Ziel erfolgt, Kosten zu minimieren. Die Problematik konnte bisher jedoch nicht zufriedenstellend gelöst werden.

Frau Bredehorst sagt zu, die Verwaltung werde, Bezug nehmend auf die Frage von Frau Schmerbach, alle Angebote der Schuldner- und Insolvenzberatung in Köln, die

weiteren Angebote der Verbraucherberatungsstelle und soweit möglich, hierzu bestehende Alternativangebote in der Stadt, auflisten.

**3.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
0195/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.4 Beantwortung der Anfrage von Herrn Klein im Ausschuss für Soziales und Senioren vom 14.01.2010 (TOP 4.2)
hier: Bericht der U - 25 Konferenz
0537/2010**

SE Herr Klein bedankt sich für die zügige und umfangreiche Beantwortung.

SB Herr Schulz nimmt Bezug auf die ursprüngliche Mitteilung in der Sitzung am 14.01.2010 zur U 25 Arbeitskonferenz (TOP 4.2, 4846/2009). Hier berichte die Verwaltung, „... um Aussagen über die Nachhaltigkeit der Beratungs- und Unterstützungsarbeit durch das lokale Büro „Die Chance“ machen zu können, solle der Verbleib von Jugendlichen nachgehalten werden. Dies gelte auch für einen Versuch, Aussagen über die Nachhaltigkeit der Beratung- und Unterstützung im „etablierten“ System zu formulieren“.

Herr Schulz fragt, welches System hiermit gemeint sei.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**3.5 Einschulungshilfen für Erstklässler
0426/2010**

Der Vorsitzende Herr Ott fragt, warum der Datenabgleich zwischen Sozial- und Schulamt nicht erlaubt sei.

Herr Oster erklärt, es handele sich hier nicht um den Datenaustausch innerhalb einer Behörde, da das Schulverwaltungsamt im Auftrag der Bezirksregierung handle. Diese Situation sei für die Verwaltung ebenfalls unbefriedigend.

Herr Oster berichtet über Gespräche mit der Bezirksregierung mit dem Ziel, hier Abhilfe zu schaffen. Bisher haben diese Gespräche jedoch keinen Erfolg gehabt.

SE Herr Klein regt an, mehr Werbung für die Einschulungshilfen für Erstklässler zu machen.

SE Frau Hollmann spricht sich ebenfalls dafür aus, ein Informationsblatt zu erstellen um den Bekanntheitsgrad der Hilfe zu erhöhen.

Herr Oster teilt mit, zunächst müsse der Rat darüber entscheiden, ob die Verwaltung die Einschulungshilfe in diesem Jahr auch gewähren könne. Dementsprechend werde sich die Verwaltung dann auch vorbereiten. Bisher habe die Verwaltung die Fristen für die Antragsannahme verlängert, um den Hilfeberechtigten entgegenzukommen.

**3.6 Illegale Beschäftigung bei Fa. Mr. Wash
hier: Anfrage von Herrn Ott aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 14.01.2010
0726/2010**

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.7 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln
0782/2010**

SE Herr Ladenberger hält es nicht für richtig, dass Menschen die aus der stationären in eine ambulante Wohnform wechseln wollen, die Hilfen des Trägers der stationären Wohnform in Anspruch nehmen sollen. Diese Fälle seien ggf. mit dem Landschaftsverband zu diskutieren.

**3.8 Erfahrungsbericht: "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel
Hier: Anfrage von Frau dos Santos Herrmann aus der Sitzung vom 20.08.2009
3923/2009**

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diese Beantwortung erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

3.9 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)

**hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Schlitt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2010
0877/2010**

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diese Beantwortung erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

4 Mitteilungen

**4.1 Aktueller Sachstand zur heroingestützten Behandlung
0067/2010**

Der Ausschuss nimmt diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.2 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln
0439/2010**

SE Frau Hollmann fragt, warum bei der Auflistung zum bürgerschaftlichen Engagement das Interkulturelle Referat, in Bezug auf das Lotsenprojekt nicht vertreten sei.

RM Frau Hoyer fragt zu Seite 7, Nr. 27, ob die Zuschüsse in Höhe von 60.600 € aus städtischen Haushalt, d.h. bezirklichen Mitteln stammen.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Fragen an die Fachverwaltung zu.

RM Herr Helling erklärt, es handle sich hier um das Abarbeiten eines Prüfauftrages des Rates. Es habe hier eine längere Diskussion im Zuge der Frage gegeben, ob in Köln ein Ehrenamtspass eingeführt werden solle. Herr Helling zitiert die Stellungnahme der Liga der Wohlfahrtsverbände, nach der die Einführung einer Ehrenamtskarte nicht zwingend für erforderlich gehalten werde.

Herr Helling regt an, die Verwaltung zu beauftragen, andere Formen der Anerkennung, auch haushaltsneutrale, zu finden und vom Rat beschließen zu lassen. Er spricht sich dafür aus, die Anerkennungskultur im bürgerschaftlichen Engagement zu verbessern.

SB Frau Wilden erklärt, die pro Köln Fraktion werde erneut die Einführung einer Ehrenamtskarte im Rat beantragen.

RM Herr Ensmann ist der Ansicht, dass eine kostenneutrale Lösung nicht möglich sei, da auch die Arbeit der Verwaltung mit Geld verbunden sei. Eine mögliche Anerkennung müsse zudem sinnvoll und deutlich sichtbar sein. Von halbherzigen, kostenneutralen Lösungen rät er ab.

4.3 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008 4872/2009

In Anbetracht der Zahl der in Köln lebenden Bürgerinnen und Bürger mit einer anerkannten Schwerbehinderung spricht sich RM Herr Detjen dafür aus, die Bemühungen zu verstärken, um die Schwerbehindertenquote weiter zu erhöhen.

Es gebe sehr wenige Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderung auf einen Ausbildungsplatz bei der Stadt Köln. Herr Detjen verweist auf das Konzept für Migrantinnen und Migranten, bei dem ein Jahr zur Vorbereitung auf die Ausbildung vorgeschaltet werde.

Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob dieses Konzept analog auch für Menschen mit Behinderung angewendet werden könne.

RM Frau Schmerbach bittet um Mitteilung der Gründe, warum fast 90.000 € an bewilligten Mitteln nicht von den Dienststellen der Stadt Köln abgerufen worden seien.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Frage an die Fachverwaltung zu.

Frau Reinecke informiert in diesem Zusammenhang über den Girls Day. In diesem Jahr habe sich die Verwaltung bemüht diesen Tag verstärkt für Mädchen mit Behinderung zu öffnen.

4.4 Sozialplanung / Sozialberichterstattung im Amt für Soziales und Senioren 4932/2009

RM Herr Ensmann macht deutlich, dass diese Stelle unverzichtbar sei.

Der Vorsitzende Herr Ott bittet die Verwaltung um Stellungnahme, warum diese Mitteilung in der letzten Sitzung nicht auf der Tagesordnung gestanden hat.

Frau Bredehorst teilt mit, dass hierbei zunächst das Ergebnis der Beratungen der „Task Force“ abzuwarten sei.

Herr Detjen betont, bei dem Aufgabengebiet der Stelle gehe es unter anderem auch um den Armutsbericht. Diese Angelegenheit sei von großer Bedeutung, um Sozialpolitik gestalten zu können.

Der Vorsitzende Herr Ott weist darauf hin, der Armutsbericht betreffe nicht nur den Sozialetat, sondern auch den Jugendetat. Darüber hinaus umfasse die Frage nach Armut und Reichtum in Köln für ihn auch stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Aspekte.

Herr Ott erwartet von der Verwaltung, d.h. dem Stadtvorstand, einen Vorschlag zur Umsetzung des Beschlusses zur Erstellung des Lebenslagen- und Integrationsberichtes.

4.5 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2010" 0719/2010

SB Frau Wilden kritisiert, dass ein Zusatzpreis für Migrantinnen und Migranten ausgelobt werde. Hierdurch verfestige sich die Parallelgesellschaft. Es sollte selbstverständlich sein, dass sich Migrantinnen und Migranten ehrenamtlich in dieser Gesellschaft einsetzen.

Frau Wilden fragt, wer diese Idee zu dem Zusatzpreis gehabt habe.

RM Herr Ensmann ist sehr erfreut darüber, dass Herr Oberbürgermeister Roters diese Tradition weiter fortführe.

4.6 Zentrales Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderung: 2009 0298/2010

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.7 Neuorganisation SGB II 0683/2010

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die Mitteilung TOP 4.7 zusammen mit den Tagesordnungspunkten zum Thema ARGE zu behandeln (s. TOP 6).

RM Herr Helling verweist auf die Beratung in der vorangegangenen Sitzung bei der die Verwaltung beauftragt worden sei, eine Resolution vorzubereiten. Inzwischen sei es zu einer wesentlichen Veränderung der Verhältnisse gekommen, so dass die ursprünglich vorgesehene Resolution noch zu überarbeiten sei.

Die in Rede stehende Grundgesetzänderung müsse die Zielrichtung haben, dass bei den beiden Akteuren, Stadt und Arbeitsagentur, die gleiche Augenhöhe hergestellt werde. Beim bisherigen ARGE-Modell habe es diesbezüglich eine Reihe von Schwachpunkten gegeben. Herr Helling erläutert diese kurz.

Herr Helling betont, für eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und Arbeitsagentur könne die Stadt Köln für sich schon fast das Urheberrecht in Anspruch nehmen. Insofern sei es wichtig, dass die Stadt Köln auch politisch die Stimme erhebe. Herr Helling spricht sich daher nochmals für eine Resolution des Rates aus, um, möglichst einstimmig, Vorgaben für die verfassungsmäßig zu regelnde Neuorganisation machen zu können. Er appelliert an die anderen Fraktionen, sich hieran zu beteiligen.

SB Herr Schulz schließt sich der Auffassung von Herrn Helling an.

Bei der gleichen Augenhöhe komme es insbesondere darauf an, die besonderen Kompetenzen der Kommune, also Kenntnis der Sozialräume und ihrer Netzwerke zur Integration der Menschen zur Geltung zu bringen. In der Vergangenheit sei dies nur sehr schwer oder überhaupt nicht durchzusetzen gewesen.

RM Herr Ensmann verweist auf vorangegangene Beratungen mit ähnlichem Inhalt in diesem Ausschuss. Man befinde sich derzeit auf einem guten Weg. Wesentlich sei, dass die Änderung des Grundgesetzes nun vorgenommen werde.

Herr Ensmann betont, die Kommune selber sei an dem Entscheidungsprozess nicht beteiligt. Es bestehe derzeit nur die Möglichkeit für die Fraktionen, die Bundesabgeordneten über bestehende Probleme zu informieren.

Herr Ensmann möchte wissen, ob sich die Stadt auch auf den Fall einer getrennten Aufgabenwahrnehmung vorbereite.

RM Frau Hoyer erklärt, auch die FDP-Fraktion unterstütze selbstverständlich das Kölner Modell. Eine neuerliche Positionierung in der politischen Diskussion mit Berlin sei hier nicht erforderlich, da eine Entscheidung nicht in Köln erfolge. Kritische Anmerkungen sollten über die Fraktionen erfolgen.

Der Vorsitzende Herr Ott hält es nach wie vor für richtig, sich als Stadt Köln zu positionieren.

RM Herr Detjen hält es für wichtig, dass Leistung und Qualität der Arbeit der ARGE deutlich verbessert werden.

SE Herr Kossiski teilt mit, bei den bevorstehenden Entscheidungsprozessen und der Grundgesetzänderung seien Zeitpläne zu beachten. Entscheidend dafür sei, dass am 26.03.2010 eine Frist ablaufe, um ein geordnetes parlamentarisches Verfahren für

eine Verfassungsänderung zu beginnen, die bis zum 31.12.2010 umgesetzt werden müsse.

Frau Bredehorst teilt mit, die ARGE müsse sich natürlich noch weiter verbessern, allerdings habe sie sich seit Beginn schon ganz erheblich verbessert.

Frau Bredehorst berichtet, im Städtetag bestehe Einvernehmen über ein zweigleisiges Vorgehen. Die Verwaltung habe eine Projektgruppe eingerichtet, die sich auf alle Eventualitäten vorbereite, d.h. auch auf eine getrennte Aufgabenwahrnehmung.

Frau Bredehorst hält es für wichtig, sich auf allen Ebenen für eine gemeinsame Trägerschaft einzusetzen.

RM Herr Helling weist darauf hin, bei einer Resolution des Rates gehe es darum, den jetzt noch teilweise offenen Prozess sehr schnell und massiv zu beeinflussen, um die Kölner Interessen, in die Zukunft hin orientiert, durchzusetzen.

Der Vorsitzende Herr Ott erklärt, die Diskussion habe gezeigt, dass von allen Seiten nun deutlich gemacht werden sollte, welche Lösung gewünscht sei, damit die bisherige Arbeit der ARGE weiter fortgesetzt werden könne.

Im Anschluss daran findet die Präsentation zu TOP 6.1 statt.

4.8 Abschlussbericht "Alter schafft Neues - Aktiv im Alter" in Köln 0671/2010

Da es sich hier um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diesen Punkt erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

4.9 Mitteilung über Maßnahmen für Wohnungslose im Rahmen der Winterhilfe 0628/2010

RM Herr Ensmann fragt, wie sich Angebot und Nachfrage der Winterhilfe im Vergleich zu anderen Großstädten darstelle.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**4.10 Broschüre "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Gute Beispiele aus der Praxis"
0816/2010**

Der Ausschuss nimmt diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.11 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen, ...", 18. März 2010, 9.30 Uhr
0873/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.12 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
0773/2010**

Da es sich hier um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diesen Punkt erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

5 Wohnen

**5.1 Arbeitsbericht 2008 des Wohnungsversorgungsbetriebes der Stadt Köln
0026/2010**

RM Frau Schultes begrüßt die guten Erfolge im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Sie hoffe, dass im Segment des preisgünstigen Wohnungsbaus noch viel erreicht werden könne. Sie verweist auf die beigefügten Fotos und hält die heutige Form des öffentlich geförderten Wohnungsbaus für beispielhaft.

RM Frau Lüttig nimmt Bezug auf Seite 13, Ressourcenbestand, zweiter Absatz, und die Tatsache, dass sich die Unterbringungsressourcen des Wohnungsversorgungsbetriebes kontinuierlich verringert haben. Damit könne eine individuelle, problembezogene Unterbringung der zu versorgenden Personengruppen kaum noch sichergestellt werden.

Frau Lüttig bittet um Mitteilung des derzeitigen Sachstandes.

Herr Schleicher teilt mit, die Unterbringungskapazität werde sich auch weiter verringern. Die Verwaltung könne nicht im erforderlichen Umfang neue Ressourcen hinzufügen, weil dies kurzfristig nicht möglich sei.

Herr Schleicher ergänzt, zunächst müssten auch die Gespräche der „Task Force“ abgewartet werden.

5.2 Erhöhung der Wohnkosten durch Wegfall des städtischen Aufwendungs Zuschusses 0022/2010

SE Herr Klein regt an, die GAG zu bitten, dass sie künftig betroffenen Mietern rechtzeitige Informationen zur bevorstehenden Mieterhöhungen gebe. Gleichzeitig sollte ein Hinweis auf mögliche Unterstützungen gegeben werden.

Die Verwaltung sagt eine Weiterleitung an die GAG zu.

Herr Schleicher weist auf die Problematik hin, die mit dieser Mitteilung angesprochen werde. Bei den angesprochenen 2.078 Wohnungen handele es sich um Wohnhäuser aus den 70er Jahren. Der zugesagte Aufwendungs Zuschuss der Verwaltung von 1,53 € (ehemals 3 DM) falle nun sukzessive weg.

Herr Schleicher betont, bei diesen Wohnungen handele es sich generell um schwierige Wohnanlagen, die auch sehr leicht zu den teuersten Wohnanlagen im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden. Dies verschärfe die schon bestehende Problematik weiter.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott erklärt in diesem Zusammenhang, dass die Absicht bestehe, in diesem Jahr einen Vertreter der GAG zu einer Sitzung des Ausschusses einzuladen, um über die GAG zu informieren.

5.3 GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN - Neue Wohnmodelle für die Stadt 0591/2010

Frau Bredehorst betont, die Wohnungsverwaltung bedaure, dass die verwaltungsinterne Vernetzung noch nicht optimal funktioniert habe. In dieser Broschüre fehlen leider sehr wegweisende Beispiele aus Köln.

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

6.1 Strategisches Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln 4449/2009

Die TOP 4.7, 6.1 bis 6.2 werden zusammen beraten.

Herr Müller-Starmann teilt mit, er werde in einer kurzen Form zur Unterstützung der Diskussion über das Integrationsprogramm 2010 der ARGE darstellen, was die ARGE mache, welche Erfolge sie damit erziele und wie die Schwerpunkte im nächsten Jahr umgesetzt werden sollen.

Herr Müller-Starmann und Herr Wagner geben in der nachfolgenden Präsentation nähere Auskünfte zu den Hilfebedürftigen, den Ergebnissen 2009, was die ARGE in den Jahren 2007 bis 2009 erreicht habe, wie in 2010 mehr Qualität in der Arbeit mit Menschen erreicht werden könne, welche Erfahrungen aus dem Vorjahr gemacht wurden und wie die Maßnahmeplanung der ARGE für das Jahr 2010 aussehen werde.

Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bei der Maßnahmeplanung teilt Herr Müller-Starmann zu dem Vergleich der Jahre 2008 bis 2010 mit, zum Einen habe die ARGE die Umschichtung in den Verwaltungshaushalt von 15,25 % auf 6,01% deutlich verringern können, zum Anderen bestehe eine Reserve für 2010 für besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Zu den früheren „sonstigen weiteren Leistungen“ legt Herr Müller-Starmann eine Auflistung über die großen Programme vor, die sozusagen „Kölner Spezialitäten“ seien. Diese Programme finden sich heute alle im § 46 SGB II wieder, was auch die extreme Steigerung auf 36 Mio. € erkläre.

Zur freien Förderung nach § 16 f SGB II erläutert Herr Müller-Starmann kurz, welche Programme hierin hauptsächlich enthalten seien. In diesem Bereich seien weitere Programme durchaus möglich. Für Vorschläge und Diskussionen sei die ARGE offen.

SE Frau Hollmann bittet mitzuteilen, wie viele der unter 25-jährigen Erwerbslosen alleinerziehend seien. SE Herr Klein bittet um eine Differenzierung der Anzahl von männlichen und weiblichen Alleinerziehenden.

Herr Müller-Starmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Müller-Starmann erklärt auf Nachfrage von SE Herr Bennewitz, dass nach der Definition jemand, der länger als 12 Monate arbeitslos sei, als Langzeitarbeitsloser gelte. Der Anteil derer, die ohne vorherigen SGB III - Bezug in die Betreuung der ARGE kommen, sei außerordentlich hoch. Herr Müller-Starmann nennt kurz die Gründe, die hierzu führen können.

SE Frau Eggeling nimmt Bezug auf die 14.684 Menschen mit ergänzenden Leistungen. Sie fragt, ob es hierbei eine untere Grenze des Einkommens gebe.

Herr Müller-Starmann erklärt, ausschlaggebend sei hier eine sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung. Eine Grenze nach unten gebe es bei dem Einkommen nicht.

RM Herr Helling fragt zu den ausgewählten Zielgruppen der ARGE, hier speziell die Menschen mit Migrationshintergrund, ob alle 14.938 Menschen mit den Maßnahmen der ARGE erreicht werden können oder ob diese Maßnahmen nur für einen Teilbereich der Zielgruppe zutreffen.

Herr Wagner antwortet, dass die Maßnahmeressourcen nicht für alle 14.938 Menschen ausreichend seien. Zudem sei z.B. nicht für alle Menschen eine intensivere Nutzung der Sprachförderung erforderlich. Die ARGE habe versucht, mit den vorhandenen Mitteln des Haushaltes die Schwerpunkte so zu setzen, dass die ARGE möglichst nah an die Bedarfe der Standorte komme. Dies sei in vielen, wegen der begrenzten Mittel, aber nicht allen Bereichen gelungen.

SB Herr Krücker fragt zu den Integrationen, welche Nachhaltigkeit hinter diesen Integrationserfolgen stehe und wie groß der Anteil der Leistungsempfänger sei, die nach der Integration wieder zur ARGE zurückkommen.

Herr Wagner erklärt, die Nachhaltigkeit sei leider nicht befriedigend. Die ARGE werde Zahlen zur durchschnittlichen Integrationsdauer nachliefern. Die ARGE werte jedoch statistisch nicht aus, warum eine Person wieder in den SGB II – Leistungsbezug zurückkehre.

SE Herr Klein bittet um Auskunft darüber, ab wann ein Mensch als in den ersten Arbeitsmarkt integriert gelte.

Herr Wagner weist darauf hin, die Integration sei nicht zu verwechseln mit der Vermittlung. Integration bedeute eine Abmeldung aus dem Leistungsbezug der ARGE über mindestens sechs Wochen. Erst nach diesen sechs Wochen fließe dieser Fall dann in die Statistik der Integration ein.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott weist abschließend darauf hin, die ARGE habe das Integrationsprogramm 2010 nun dem Ausschuss dargestellt. Es sei sinnvoll, nach ca. einem halben Jahr sich in einer Sondersitzung erneut zu treffen, zurückzublicken und auf Grund des Vortrages zu bewerten, welches Fazit man aus dem Integrationsprogramm 2010 ziehen könne, um auf dieser Basis Akzente für das Jahr 2011 setzen zu können.

Herr Ott schlägt vor, falls weitere Fragen aus den einzelnen Fraktionen bestehen, sollten diese bilateral mit der ARGE geklärt werden.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich mit der Verwaltung darauf, die Sondersitzung in der ersten Juliwoche stattfinden zu lassen.

6.2 Arbeit der ARGE Köln (ohne schriftliche Vorlage)

**6.3 Sachstandsbericht zur Arbeit der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
0945/2010**

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diesen Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

**7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 03/2010
0809/2010**

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**9.1.1 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.11.2009
AN/1650/2009**

**Antwort der Verwaltung
5384/2009**

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**9.1.2 WinWin für Köln?
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 11.01.2010
AN/0057/2010**

**Antwort der Verwaltung
0724/2010**

Da es sich um eine Tischvorlage handelt verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Anfrage und Beantwortung zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

9.2 Aktuelle Anfragen

9.2.1 Wohnungsgenossenschaften in Köln hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.01.2010 AN/0177/2010

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor. Daher wird diese Anfrage zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen.

9.2.2 Sozialwohnungen hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010 AN/0365/2010

Da es sich bei der Beantwortung um eine Tischvorlage (im nicht öffentlichen Teil) handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Anfrage und Beantwortung in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

9.2.3 Ausgleichsabgabe 2007 hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010 AN/0404/2010

Antwort der Verwaltung 0922/2010

Da es sich bei der Beantwortung um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Anfrage und Beantwortung in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

9.2.4 Qualifizierungsmaßnahmen in Köln hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 01.03.2010 AN/0409/2010

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor. Daher wird diese Anfrage zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen.

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Hierzu liegt kein Tagesordnungspunkt vor.

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Hierzu liegt kein Tagesordnungspunkt vor.

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

**12.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
3629/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

1. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Porz-Mitte, mit Planungskonzept einschließlich Planungs- und Handlungsempfehlungen als teilräumliche Entwicklungsplanung und Grundlage für die zukünftige Bauleitplanung gemäß § 1 Absatz 6 Nr. 11 Baugesetzbuch unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Weiterverfolgung und Umsetzung der Planungs- und Handlungsempfehlungen. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend dem beschlossenen Nutzungskonzept fortzuschreiben. Zur konkreten Ausgestaltung, Finanzierung und verfahrensseitigen Abwicklung bzw. Umsetzung von Einzelprojekten sind nach Erfordernis zu gegebener Zeit Einzelvorlagen den jeweils zuständigen Gremien gesondert zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Hierzu liegt kein Tagesordnungspunkt vor.

14 Anfragen

14.1 Planungen 2009 zur Seniorenpolitik hier: mündliche Anfrage von RM Herr Ensmann

RM Herr Ensmann teilt mit, die Verwaltung habe in einer Vorlage vom 12.03.2009 die Planungen für das Jahr 2009 in der Seniorenpolitik vorgestellt.

Herr Ensmann bittet, zur nächsten Sitzung einen aktuellen Sachstandsbericht über die Ergebnisse vorzulegen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

14.2 Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land NRW hier: mündliche Anfrage von SE Frau Eggeling

SE Frau Eggeling bezieht sich auf das seit dem 01.01.2010 geltende Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land NRW. Sie fragt, ob diese neuen Wohnraumnutzungsbestimmungen bereits in Köln umgesetzt werden und wenn ja, welche Auswirkung diese Umsetzung auf Leistungsbezieherinnen und –Bezieher nach SGB II und SGB XII habe.

Herr Santelmann erklärt, für die Bereiche SGB II und SGB XII werde das neue Gesetz gerade umgesetzt und eine Richtlinie erarbeitet. Ein Aspekt sei die Ausweitung der Wohnungsgröße von 45 auf 47 qm pro Person. Die Steigerungen pro Person von 15 qm bleiben jedoch identisch.

Herr Schleicher berichtet, aus wohnungspolitischer Sicht werden diese Maßnahmen ebenfalls bereits umgesetzt. Die Verwaltung stelle ab dem 01.01.2010 Wohnberechtigungsscheine an die neu hinzugekommenen Personengruppen aus. Es handele sich hierbei um Lebenspartnerschaften aller Art, z.B. auch studentische Wohngemeinschaften.

genehmigt:
gez. Bredehorst
(Beigeordnete)

gez. Ott
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)